



Im Ringen um ein neues Klimaschutzabkommen dringen Umwelt- und Entwicklungsverbände auf mehr Sofortmaßnahmen beim Klimaschutz und klarere Zusagen der Industriestaaten in finanziellen Fragen. "Es gibt keine angemessenen Anstrengungen für die Zeit vor 2020", sagte Jagoda Munic von Friends of the Earth am Rande der Verhandlungen bei der UN-Klimakonferenz in Le Bourget bei Paris. Dort will der französische Außenminister und Konferenzpräsident Laurent Fabius am Nachmittag einen neuen, überarbeiteten Vertragsentwurf vorlegen.

In den Finanzfragen hätten die Industriestaaten bislang "nicht geliefert", griff Adriano Campolina von ActionAid International zentrale Kritikpunkte aus den Reihen der Schwellen- und Entwicklungsländer auf. Gleiches gelte für den Technologietransfer, um ärmere Länder beim Klimaschutz voranzubringen. Alix Mazounie vom Umweltdachverband RAC France verwies auf die noch ausstehende Einigung hinsichtlich der Forderung von Entwicklungsländern nach Schadenersatz für eingetretene Klimafolgen.

"Der härteste Teil der Arbeit liegt noch vor uns", sagte Kumi Naidoo von Greenpeace. Er forderte die Regierungen der Welt auf, "das Pokerspiel mit der Zukunft unserer Kinder zu beenden". Es werde ein Abkommen geben, sagte Mohamed Adow von Christian Aid. "Die Frage ist allerdings, ob es eine starke oder eine schwache Vereinbarung sein wird."

"Wir kommen gut voran", zeigte sich Fabius am Rande der Beratungen zuversichtlich. Er äußerte die Hoffnung, die Verhandlungen wie vorgesehen am Freitag abschließen zu können. Daran gab es in Le Bourget allerdings angesichts der vielen noch offenen Fragen erhebliche Zweifel. Ein am Mittwoch von Fabius präsentierter Verhandlungstext klammert noch viele Streitpunkte aus und stieß gleichwohl bei einer Reihe von Staaten auf Widerstand. afp